

Antwort auf die Anfrage der Fraktion Die Linke zur Sitzung des Rates am 23.04.2026 (Drucks.-Nr. 1104/2025-2030)

Thema:

Auswirkungen der geplanten Streichung der Asylverfahrensberatung

Frage:

Welche konkreten Auswirkungen erwartet die Verwaltung für die Stadt Bielefeld, falls die unabhängige Asylverfahrensberatung ab 2027 nicht mehr durch den Bund finanziert wird?

Zusatzfrage

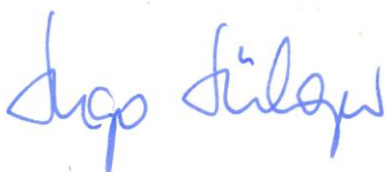
Welche Auswirkungen hätte der Wegfall unabhängiger Beratung auf die kommunalen Sozialdienste, Unterkünfte und Integrationsangebote – insbesondere in Bezug auf zusätzliche Kosten, Belastungen und Personalbedarf für die Stadt?

Antwort:

Die unabhängige Verfahrensberatung wird von den beiden Trägern AK Asyl und IMAG in den Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes Oldentruper Hof und Südring durchgeführt. Die Träger stellen diese Aufgabe mit insgesamt 4 Personalstellen sicher. Ein Wegfall der Förderung hätte zur Folge, dass dieses Beratungsangebot in Gänze nicht mehr aufrechterhalten werden könnte. Die Beratung bezieht sich auf die rechtlichen Fragestellungen im Asylverfahren, Fragestellungen der medizinischen und psychosozialen Versorgung sowie den Kontakt/Transfer zu/von Familienangehörigen. Der Wegfall der Bundesförderung würde insofern auch einen Einschnitt in der Beratungslandschaft für Geflüchtete sowie unbegleitete minderjährige Asylsuchende (UMA) bedeuten.

Die Auswirkungen eines Wegfalls lassen sich zum jetzigen Zeitpunkt nur schwer einordnen, zumal Überlegungen bestehen, dass die Beratung des Personenkreises durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) übernommen werden soll. Der Verwaltung ist bewusst, dass damit eine andere Beratungsstruktur implementiert würde, die insbesondere den Aspekt der Unabhängigkeit vernachlässigen würde. Welche Konsequenzen das aber für den Beratungsalltag der Kolleginnen und Kollegen bei der Stadt Bielefeld hat, bleibt abzuwarten. Wird die Beratung der bisherigen Träger nicht durch andere akzeptierte Stellen aufgefangen, kann der Arbeitsaufwand und der Beratungsbedarf bei kommunalen Stellen mittel- und langfristig zunehmen.

Erster Beigeordneter



Ingo Nürnberger